



Detailansicht des Registereintrags

American Chamber of Commerce in Germany e.V.

Aktuell seit 05.10.2026 14:16:00

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R001564
Ersteintrag:	25.02.2022
Letzte Änderung:	05.10.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	11.03.2026
Tätigkeitskategorie:	Wirtschaftsverband oder Gewerbeverband/-verein
Kontaktdaten:	Adresse: AmCham Germany Charlottenstraße 42 10117 Berlin Deutschland Telefonnummer: +49699291040 E-Mail-Adressen: policy@amcham.de Webseiten: https://www.amcham.de/

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Mitgliedsbeiträge, Wirtschaftliche Tätigkeit, Sonstiges

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

130.001 bis 140.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

1,00

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Warren Marine**
Funktion: Schatzmeister
2. **Andreas Schwaiger**
Funktion: Executive Vice President
3. **Christina Raab**
Funktion: Vizepräsidentin
4. **David Knower**
Funktion: Vizepräsident
5. **Philipp Justus**
Funktion: Vizepräsident
6. **Mario Federico**
Funktion: Vizepräsident
7. **Astrid Teckentrup**
Funktion: Vizepräsidentin
8. **Agnes Heftberger**
Funktion: Vizepräsidentin
9. **Christopher Porter**
Funktion: Präsident

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (18):

1. **Daniel Andrich**
2. **Philipp Mittag**
3. **Juliane Reitzig**
4. **Maik Luckow**
5. **Dr. Christina Gommlich**
6. **Dr. Gerd Kräh**
7. **Dorothee Stamm**
8. **Christiane Landsberg**
9. **Nina Keim**
10. **James Monroe**
11. **Kai Strüngmann**
12. **Philipp Braun**

13. **Margarete Schätzler**

14. **Elijah Wething**

15. **Wolfgang Percy Ott**

16. **Benjamin Sokolowski**

17. **Christian Blume**

Tätigkeit bis 05/22:

Wissenschaftlicher Mitarbeiter

für ein Mitglied des Deutschen Bundestages

18. **Gabriele Velte**

Gesamtzahl der Mitglieder:

803 Mitglieder am 31.12.2025, davon:

186 natürliche Personen

617 juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (2):

1. AmChams in Europe

2. U.S. Chamber of Commerce

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (30):

Internationale Beziehungen; Außenwirtschaft; Parlamentarisches Verfahren; Allgemeine Energiepolitik; Energienetze; Erneuerbare Energien; Fossile Energien; EU-Binnenmarkt; Arzneimittel; Gesundheitsförderung; Cybersicherheit; Datenschutz und Informationssicherheit; Digitalisierung; Internetpolitik; Urheberrecht; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Klimaschutz; Luft- und Raumfahrt; Verkehrsinfrastruktur; Sonstiges im Bereich "Verteidigung"; Automobilwirtschaft; Bank- und Finanzwesen; E-Commerce; Handel und Dienstleistungen; Industriepolitik; Kleine und mittlere Unternehmen; Wettbewerbsrecht; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft"; Wissenschaft, Forschung und Technologie; Steuerpolitik

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Die American Chamber of Commerce in Germany (AmCham Germany) ist die Stimme der transatlantischen Wirtschaft – ein Zusammenschluss von großen, mittelständischen und kleinen Unternehmen aus Deutschland und den USA, die im transatlantischen Wirtschaftsraum aktiv sind. AmCham Germany fördert die globalen Handelsbeziehungen, die auf dem starken Fundament der deutsch-amerikanischen Partnerschaft fußen.

In ihre Interessenvertretung bezieht AmCham Germany die Mitgliedsunternehmen in den sechs sektor- und themenspezifischen Policy Committees (Aerospace & Defense, Digital Policy, Energy &

Climate, Healthcare & Life Sciences, Tax, Trade Strategic Competitiveness) aktiv ein. In den Policy Committees werden aktuelle politische und wirtschaftliche Entwicklungen auf Ebene der Bundes- und Europapolitik sowie deren Auswirkungen auf die Attraktivität des Standortes Deutschland v. a. mit politischen Stakeholdern der Bundes- und EU-Ebene diskutiert. Ein besonderer Schwerpunkt liegt darauf, die Bedeutung von US-Investitionen in Deutschland für Innovation, Wohlstand und Beschäftigung hervorzuheben.

AmCham Germany wirbt in seinen Top Level Meetings mit Bundesministerinnen und Bundesministern, Staatssekretärinnen und Staatssekretären, sowie Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten für eine Vertiefung der bilateralen Handelsbeziehungen zwischen Deutschland, der EU und den USA und tritt für die Stärkung der transatlantischen Beziehungen ein.

Mithilfe von Positionspapieren informieren wir über Herausforderungen und Potenziale von global tätigen Unternehmen im transatlantischen Wirtschaftsraum. Des Weiteren vernetzt die Handelskammer auf Veranstaltungen und Wirtschaftskonferenzen Vertreterinnen und Vertreter von Mitgliedsunternehmen mit politischen Stakeholdern

Konkrete Regelungsvorhaben (4)

1. Beschränkung des European Cybersecurity Certification Scheme for Cloud Services (EUCS)

Beschreibung:

Es wird das Ziel verfolgt, dass das EUCS auf sicherheitsrelevante Aspekte beschränkt wird, um ein vollständiges Scheitern des EUCS zu verhindern.

Interessenbereiche:

Cybersicherheit [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406200074 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 02.05.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. Beseitigung steuerlicher Investitionshemmnisse für Konzerne und Reduzierung materieller und administrativer Mehrbelastungen

Beschreibung:

Investitionen und Innovationen sind Voraussetzungen für nachhaltiges Wachstum. Wachstum erfordert Investitionen aus dem In- und Ausland. Aktuelle Regelungen (§ 50d Abs 3 EStG, § 1 Abs. 3d, 3e AStG) beeinträchtigen derzeit Inbound-Eigenkapitalinvestitionen sowie Inbound-Fremdkapitalinvestitionen. Diese steuerlichen Hemmnisse der Konzernfinanzierung müssen abgeschafft oder wenigstens begrenzt werden. Darüber hinaus müssen Unternehmen dringend von Bürokratie entlastet werden. Eine Reihe fiskalisch nicht erforderlicher Regulierungen haben zu weiteren materiellen und administrativen Mehrbelastungen u. Rechtsunsicherheit geführt, die es zu beheben gilt (§ 4k EStG, § 4j EStG, Registerfälle, MinBest-UmsG/“Pillar 2“, GrESt, DAC 6, GewSt-Administration).

Betroffenes geltendes Recht:

EStG [alle RV hierzu]; AStG [alle RV hierzu]; GrEStG 1983 [alle RV hierzu]; GewStG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2407050003** (PDF - 8 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 05.07.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Gremien [alle SG dorthin]

Versendet am 26.11.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

3. Klarstellung ungelöster Anwendungsfragen f. die Berücksichtigung periodenfremder Steuern für Zeiträume vor Anwendungsbeginn der globalen Mindeststeuer

Beschreibung:

Die Berücksichtigung von periodenfremden Steuern für Zeiträume vor Anwendungsbeginn der globalen Mindeststeuer ist in den einschlägigen Regelungswerken (MinStG, MinBestRL und OECD Model Rules) nur rudimentär behandelt. Vor allem im Zusammenhang mit Steuererstattungen für Geschäftsjahre vor Inkrafttreten der Mindeststeuer drohen aufgrund ungelöster Anwendungsfragen systematisch unzutreffende Besteuerungsfolgen. Es sollte gesetzlich klargestellt werden, dass nachträgliche Minderungen der Steuerschuld

(Steuererstattungen) für Geschäftsjahre vor Inkrafttreten des MinStG, die ergebniswirksam in einem Geschäftsjahr nach Inkrafttreten des MinStG erfasst werden, bei der Berechnung des effektiven Mindeststeuersatzes für ein Steuerhoheitsgebiet außer Ansatz bleiben.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/8668 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2523 des Rates zur Gewährleistung einer globalen Mindestbesteuerung und weiterer Begleitmaßnahmen

Zuständiges Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

MinStG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2506260013 (PDF - 7 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 26.06.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

4. Vorschläge zum nachhaltigen Bürokratieabbau im Steuerrecht für eine Stärkung der Investitions- und Innovationsdynamik am Standort Deutschland

Beschreibung:

Investitionen und Innovationen sind die Voraussetzungen für Wachstum. Ein modernes Steuerrecht kann helfen, die Investitionsdynamik anzukurbeln, denn steuerliche Rahmenbedingungen sind für Investoren eine relevante Entscheidungsgröße. Die hohe Komplexität des Steuerrechts beeinträchtigt die Attraktivität des Standorts für internationale Investoren. Die im Papier enthaltenen Maßnahmenvorschläge beziehen sich auf Regelungen, die besonders beeinträchtigend wirken und deren Reform daher als besonders dringlich angesehen wird: § 50c Abs. 2 Nr.1 EStG, § 50c Abs. 2 Satz 5 EStG-E, § 4i EStG, § 4k EStG, § 19 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1a EStG, § 8 Abs. 2 Satz 11 EStG, § 1 Abs.3d und e AStG, § 49 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. f bzw. Nr. 6 EStG, § 84 Abs. 3 MinStG, §§ 7 ff. AStG, MinStG, § 6a GrEStG, § 1 Abs. 3 GrEStG

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 447/26 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Jahressteuergesetzes 2026

Zuständiges Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

EStG [alle RV hierzu]; AStG [alle RV hierzu]; MinStG [alle RV hierzu]; GrEStG 1983 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Steuerpolitik

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2610050028 (PDF - 13 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 05.10.2026 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

2.470.001 bis 2.480.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

GuV-2025.pdf